

Vossische



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit **Kurszettel**

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopie der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag: Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard Vorwerk.
Redaktion: Am S. Handeltisch: Carl Mich. Berlin Ullstein.
Manuskripte werden nur zurückgenommen wenn Porto beiliegend.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Am Dönhofsplatz 71: 3500-3665.
Für den Verlagsort: Am Dönhofsplatz 3666-3690. Telegramm-
Adresse: Ullsteinverlag Berlin. Postnachdruck Berlin 666.

Sag vor dem Reichstag Die Vorteile des Neuen Plans

Stresemanns Erbe

Das Erbteil des Parlamentarismus nicht nicht! Mögen die Reaktionen noch so sehr mit geistlicher Beerdigung von der „Schwabhuber“ am Platz der Republik sprechen, noch so oft versichern, daß das parlamentarische System und das Parlament selbst „abgewirtschaftet“ hätten — an Tagen, wie dem heutigen, spricht man es doch wieder, wie — an die Bedeutung des Reichstages ist, wie tief eingedrungen das Bewußtsein ist, daß von hier die Autorität des launischen Volkes ausgeht, daß in diesem Saale das deutsche Geschick formiert wird, so weit es von Deutschland nicht bestimmt werden kann. Im Saale unter und auf den Tribünen oben drängen sich die Abgeordneten, die Journalisten, Diplomaten und die Zuhörer der Politik, um Zeugen der großen parlamentarischen Auseinandersetzung über die endgültige Regelung der Reparationen und die Liquidierung des Krieges zu sein.

Die Formalitäten der Sitzungsöffnung gehen in das Gedächtnis der gegenwärtigen Begrüßung unter. Nur als Präsident Eddé für Paul Voel (dessen vernünftigen Vorschlag Vorber und (Frieder) schmiden) den Antrag hält, hört alles lebend diese Bezeugungen einer selbstverständlichen Pietät für den Abgeordneten-Kollegen an. Man hat früher gegenüber toten Politikern keinen Parteiunterschied gemacht. Es sind Kommunisten und Nationalsozialisten im Reichstag gibt, kann es vorkommen, daß Abgeordnete sich offensiv aus dem Saale entfernen, um zu gehen, daß sie an der Übung eines anderen einen Abgeordneten nicht teilzunehmen wünschen. Erst nachdem der Präsident geneigt, hatten die Nationalsozialisten unter Straßers Führung ihren Einzug in die Bänke, die ihnen seit heute an der äußersten rechten Ecke angewiesen worden sind. Staatssekretär Dr. v. Schuber und Dr. Wünder scheinen von dieser unmittelbaren Nachbarschaft an der Regierungsbank nicht gerade entzückt zu sein.

Die Sitzungsformalitäten gehen weiter, und ohne daß man es recht beachtet, steht die formale Gestalt des Reichsausschusses Dr. Curtius auf der Rednertribüne. Man hat überhört, daß der Präsident den Eintritt in die Tagesordnung verweigert und den Reichsausschussminister das Wort erteilt hat. Curtius wird schon äußerlich anders als der verächtlich maßlose Stresemann. Auch die Art seines Vortrages ist anders. Er beginnt nicht nur mit leiser Stimme — die sich nicht durchgeh, sondern den Hörer zu Ruhe und Aufmerksamkeit zwingen will —, er legt auch in diesem Piano Platz. Bei ihm gibt es keinen Wechsel in der Tonart, kein anfechtendes Freileben und kein Wüßlingen. Es ist tief gewollte Mäßigkeit in der Art dieses Vortrages und in der Rede selbst, die er vom vorbereiteten Manuskript abliest.

Der Ausschussminister wird zum Hofsprecher, wenn er weit ausgedehnt eine geschäftliche Darstellung der Entstehung des Young-Planes gibt. Ueber den Young-Plan ist schon viel gesprochen und geschrieben worden — nicht um zu überreden oder zu überzeugen, steht Curtius heute auf der Rednertribüne, sondern mehr um einer formalen öffentlichen Pflicht zu genügen. Später vielleicht, wenn die Opposition sich ereignet hat, wird Curtius die polemische Ränge schwingen, nicht so am mit Temperament, das sein großer Freund und Vorgänger hatte, aber hinter der Fassade, die Dr. Curtius heute trägt, funkteln hinter ein paar flache Wangen, die an die Stresemanns erinnern. Der Mann, der jetzt in der parlamentarischen Endentscheidung die Regierungsvorlage vortreibt, ist nicht nur ein Verwalter des Stresemanns Erbes, auch ein Rumpfen für die Stresemanns Ideen einer deutschen Außenpolitik, die er sich ganz zu eigen macht.

Die Regierungserklärung ist verhältnismäßig kurz; ihre Bedeutung nimmt nicht viel mehr als eine halbe Stunde in Anspruch. Kurze Geschäftsordnungsarbeiten. Die Deutschen sind angeblich mit dem Inhalt der Vorträge noch

nicht genügend vertraut und wollen eine Vertagung bis morgen. Die Mehrheit lehnt das deutschnationalen Verlangen ab und die Aussprache beginnt sofort.

Der erste Redner ist nach der Einführung der Parteien der sozialdemokratische Abgeordnete Breitfeld.

Während Breitfeld spricht, erlebt das Haus die Genfation, daß auf der Rednertribüne der Name Dr. D y g e n e b e r g s ausgelesen wird. Er soll unmittelbar nach Dr. Breitfeld für deutsche Deutschnationalen sprechen. Diesmal also wirklich D y g e n e b e r g persönlich ... M. R.

Die Regierungserklärung

Präsident Eddé eröffnet die Sitzung mit einem von den Abgeordneten lebend angehörtet Reduz auf den möglichst verlorebenen sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Voel, dessen Vorschlag mit Wüßlingen geschickt ist.

„Es liegen,“ so beginnt Eddé, „bei dem 1. Januar 1929 in der Reichstag ein. Durch seine Streikarbeit und Regeneration hat er sich die Achtung und Aufmerksamkeit seiner Freunde, aber auch feiner politischen Gegner erworben. Seine Fraktion bekennt bei seinem Heimgang in ihm den Verlust eines ihrer besten Mitarbeiter. Aber auch der Reichstag verliert in ihm ein hervorragendes Mitglied. Bei aller Schärfe der Dialektik blieb Paul Voel eine innerlich vornehmere Persönlichkeit, die geradezu faszinierend auf jeden wirkte, der mit ihr zu tun hatte. Er besaß ein ungewöhnliches Gedächtnisvermögen. Erst im letzten Jahre vor dem Verlust dieses Mannes, Sie haben sich zu Ehren Paul Voels von den Bänken erhoben. Ich danke Ihnen.“

Auf der Tagesordnung stehen die fünf mit dem Young-Plan zusammenhängenden Vorträge: der Gegenentwurf über die Hoover-Verhandlungen, das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen, das Reichsbudgetgesetz, das Reichsbudgetgesetz, das Liquidationsgesetz.

Die Beratung wird eingeleitet durch Ausführungen des Reichsausschussministers Dr. Curtius, die besagen:

Dr. Curtius

Die Reichsregierung legt Ihnen in fünf Oberabschnitten das politische und finanzielle Gesamtgerüst der großen internationalen Verhandlungen der letzten Monate vor. Sie tritt mit halber Begeisterung der Vorträge. Der Gesamteintritt sind Begründungen und Denkschriften beiliegend, die die umfangreiche, schwer zu überblickende Vertragswerk erläutern. Ich nehme auf diese Erläuterungen Bezug. Das Schwergewicht weiterer Auffklärung wird in den **Ausführungen** liegen. Ich begrüße den Vorschlag Ihres Ausschussvorsitzenden, den Ausschuss für den Entwurf des Nationalbudgets zur Beratung sämtlicher Vorträge zu ernennen. Dort werden alle beteiligten Reichsminister und Ihre Beamten weitere Auskünfte erteilen. Ich sehe meine heutige Aufgabe darin, unter Vermittlung von Einzelrednerinnen in großen Zügen die Politik zu entwickeln, die zu den Saager Vereinbarungen geführt hat und die Gründe darzulegen, warum die Reichsregierung die Annahme des Neuen Planes für notwendig hält.

Die Regierungserklärung hat in ihrer Regierungserklärung vom 3. Juli 1928 an der Spitze ihres Programms Befreiung der noch besetzten Gebiete, beziehungsweise Regelung der Saarfrage und endgültige Regelung der Reparationsfrage in Aussicht genommen. Am Ende eines anderthalbjährigen Ringens um die Lösung der beiden Hauptfragen steht der feste Anknüpfungstermin vom 30. Juni und ein neuer Reparationsplan, der eine erhebliche Kostenreduzierung und wesentliche Verbesserungen der politischen und finanziellen Lage mit sich bringt.

Verhandlungen über die Saarfrage sind mit der französischen Regierung im August 1928 abgeschlossen worden. Es wäre sehr erwünscht gewesen, auch diese Frage mit den anderen zusammen als bald zur endgültigen Entscheidung zu bringen. Aber der Beginn der Verhandlungen hat sich wegen der Stabilisierung der französischen Regierung bis Ende November verzögert. Bei der politischen, wirtschaftlichen und völkerrechtlichen Kompliziertheit der Aufgabe lassen sich die Verhandlungen auch nicht in kurzen Terminen durchzuführen.

Es läge nicht im deutschen Interesse, diesem Umstand keine Rechnung zu tragen. Wir führen die Verhandlungen aber mit dem selbstverständlichen Ziele, sobald wie möglich die rechtliche Klärung des Saargebietes in die deutsche Souveränität zu erreichen. Ich habe nach dem angestrichelten Stand der Dinge keinen Anlaß, daran zu zweifeln, daß sie auch von der Gegenseite mit dem positiven Willen zu baldmöglichstem Abschluß geführt werden.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nun einen Rückblick auf den Ablauf der Verhandlungen über die Lösung der Räumungs- und Reparationsfrage werfen.

Im Vorbergrunde der deutschen Außenpolitik handelte sich seit Jahren die Räumungsfrage. Nicht auf materiellen und zeitlichen Druck der Bevölkerung des besetzten Gebietes, rechtliche und moralische Ansprüche aus dem Vertrauen und der guten willigen, unerschütterlichen Fremder Willenshaftigkeit mit Deutschland, Stellung als Völkerbundmitglied, schließlich Genennung der Versöhnungspolitik und der Sicherung eines europäischen Friedens durch fortwährende Befreiung deutschen Gebietes — das waren die zwingenden Gründe, aus denen die deutsche Außenpolitik alles daran setzen mußte, alsbaldige Räumung des noch besetzten Gebietes zu erreichen.

Die gegenwärtige Reichsregierung hat schon zwei Monate nach der Regierungserklärung gelegentlich bei Tagung des Völkerbundes in Genf den Anspruch auf Räumung bei den Vertretern der Befugnisse förmlich angedeutet gemacht. Durch Beschluß der beteiligten Mächte vom 16. September 1928 wurden Verhandlungen darüber wie über den Wunsch der französischen Regierung nach Einführung einer Feststellungs- und Versöhnungskommission eröffnet.

Die Stresemanns im Dames-Planes anberaumte wurde in Deutschland in den vergangenen Jahren, je höher die Belastung wurde, je klarer man die Unzulänglichkeit des Planes und die Frau in ihm ergebende Unsicherheit erkannte und je härter sich der Druck immer politischen Festen fühlbar machte, um so bringender gefordert.

Dieses deutsche Interesse begegnete sich mit der Zustimmung des Generalagenten für Reparationsangelegenheiten, der in seinem Jahresbericht vom Dezember 1927 auf die Notwendigkeit hinwies, so bald als möglich ein einheitliches, umfassendes Abkommen über die Reparationsfrage zu schließen und Deutschland die eigene Verantwortung für Beendigung und Lösung einer festen Schuldenlinie zu überlassen, wie dies schon die Dames-Godtschallings am Schluß ihres Berichtes im Auge gefaßt hatten. Die Anregung des Generalagenten fiel auch bei den Gläubigerstaaten auf fruchtbaren Boden.

So wurde am 16. September 1928 von den beteiligten Regierungen auch der Beschluß gefaßt, einen Sachverständigen-Ausschuss zu berufen und ihm die Aufgabe der Zusammenstellung von Vorschlägen für eine vollständige und endgültige Befreiung der Reparationsfrage zu übertragen. — An der Parallellität der beiden Beschlüsse über Räumung und Reparationen lagen für die deutsche Regierung Veranlassungen, die nicht zu verkennen waren: es erwarb die Sorge, die Parallellität könne dazu führen, daß Deutschland besondere finanzielle Opfer für die Räumung auszusenden müßte. Dieser, die wie trotz der übertragenden Bedeutung der Räumung in Lieberstimmung mit dem oft bekundeten Willen der christlichen Bevölkerung hätten absehen müssen. Die Reichsregierung ist das Risiko eingegangen, um nicht beide Gelegenheiten zu verpassen, und die Lösung beider Fragen ins Ungewisse entscheiden zu lassen.

In der Tat treten die Räumungsverhandlungen zunächst zu-

